

Konflikt um Flüchtlingsunterkunft: Uni gegen Senatspläne

„Proteste gegen Flüchtlingscontainer auf Unigelände in Berlin-Dahlem: Bröckelt die woke Fassade? Erfahren Sie mehr über den Widerstand der Freien Universität und die Kontroverse um die geplante Unterbringung von Flüchtlingen. #Flüchtlinge #Proteste #Berlin-Dahlem“

Das Grundstück an der Thielallee 63 in Berlin-Dahlem, das bisher als Parkplatz genutzt wird, soll laut Senatsplänen zu einem Containerdorf für 260 Flüchtlinge umgebaut werden. Die Freie Universität in der Nachbarschaft erhebt jedoch Einspruch, da sie dort eigentlich ein Gebäude für Lehre und Forschung errichten möchte. Die Uni-Kanzlerin, Andrea Güttner, betonte, dass die Fläche nicht für die Unterbringung von Flüchtlingen geeignet sei und machte auf den dringenden Bedarf an eigenen Baumaßnahmen nach 2023 aufmerksam.

Die Freie Universität Berlin erklärte ihre Bereitschaft, geflüchtete Menschen innerhalb ihrer Möglichkeiten zu unterstützen. In der Vergangenheit bot die Uni bereits notdürftige Unterkünfte für Flüchtlinge in einer Sporthalle an. Trotzdem weist sie darauf hin, dass aufgrund des dringenden Sanierungsbedarfs und umfangreicher Bauplanungen keine anderen Flächen verfügbar seien. Ein Alternativvorschlag der Uni wäre die Nutzung leerstehender Gebäude der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben in der Nähe des geplanten Containerdorfs.

Der Sonderbeauftragte für Flüchtlingsfragen beim Senat, Albrecht Broemme, betont die Möglichkeit, Flüchtlinge auf dem brachliegenden Grundstück unterzubringen, bis dort der Neubau

entsteht. Trotz Widerstand seitens der Universität wird die Errichtung von 16 weiteren Containerdörfern beschlossen, um dem Mangel an Wohnraum für Flüchtlinge entgegenzuwirken. Der Regierende Bürgermeister Kai Wegner betont die Notwendigkeit dieser Maßnahmen und deutet an, dass weitere Standorte hinzukommen könnten.

In einigen Stadtteilen Berlins, vor allem im Ostteil, sollen die neuen Containerdörfer errichtet werden, um die Flüchtlingsunterbringung zu verbessern. Trotz der Notwendigkeit solcher Maßnahmen stoßen sie auf Widerstand in einigen vornehmeren Stadtteilen, wie dem geplanten Standort in Steglitz-Zehlendorf. Die Diskussion über die Flüchtlingsunterbringung an der Freien Universität Berlin löste im Netz Spott und Kritik aus, da einige Nutzer die angebliche Widersprüchlichkeit der Uni in Bezug auf ihre offene Haltung zu anderen Themen thematisierten.

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de